

Vorfahrt für Klima- und Naturschutz!

Klima- und Naturschutz sind die zentralen Herausforderungen der neuen Legislaturperiode. Die überfälligen Antworten auf die ökologischen Krisen muss die Bundesregierung gleich für mehrere Politikfelder liefern. Das erfordert schnelle und grundlegende Entscheidungen.

Greenpeace fordert von der kommenden Bundesregierung:

Im Energiebereich...

...den *naturverträglichen Ausbau von Wind- und Sonnenenergie deutlich beschleunigen* und gesetzlich verankern. Um die bestehenden deutschen Klimaziele zu erreichen, müssen bei der *Windkraft* pro Jahr mindestens 8 Gigawatt (GW) an Land und 1,5 GW auf See zugebaut werden. Dafür müssen in einem Windenergie-an-Land-Gesetz überzogene Abstandsregelungen abgeschafft und zwei Prozent der Landesfläche verbindlich für Windanlagen verfügbar gemacht werden.

Bei *Photovoltaik* muss der Zubau auf mindestens 15 GW jährlich gesteigert werden - u.a. durch eine Solarpflicht für Dachsanierungen, Neubauten und öffentliche Gebäude sowie den Ausbau von Agrar-Photovoltaikanlagen in einem „1.000 Felder-Programm“.

...den *Kohleausstieg bis 2030* auch politisch beschließen, damit Investor:innen und Arbeitnehmer:innen Planungssicherheit erhalten und auch Strukturhilfen schneller ausgezahlt werden können. Für den Abbau von Braunkohle dürfen *keine weiteren Dörfer zerstört werden*.

...eine *Wende im Wärmemarkt einleiten* durch ein Verbot des Einbaus neuer Ölheizungen (ab sofort) und Gasheizungen (ab 2024) sowie ein Wärmepumpen-Ausbauprogramm und die Erhöhung der Gebäudesanierungsrate auf 3% jährlich.

...*klimaschädliche Subventionen streichen* wie z.B. die Strompreisausnahmen für die Industrie und die Energiesteuerbegünstigungen in der konventionellen Stromerzeugung.

Im Verkehr...

...ab *2025 keine neuen Autos mit Verbrennungsmotoren mehr zulassen*. Nur so kann der Umstieg auf Elektroautos beschleunigt werden.

...den *Aus- und Neubau von Autobahnen und Bundesstraßen sofort stoppen*. Das Geld wird stattdessen dringend für den Ausbau der Schiene benötigt.

...die *Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) verdoppeln*, für eine Mobilitätsgarantie in der Stadt und auf dem Land. Alle Menschen in Deutschland müssen Zugang zu einem verlässlichen und attraktiven Bus- und Bahn-Angebot haben.

...*klimaschädliche Subventionen streichen* wie z.B. die Entfernungspauschale, die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge, die Energiesteuervergünstigung für Diesel (Dieselprivileg) und die Steuervorteile für Dienstwagen (Dienstwagenprivileg).

GREENPEACE

In der Landwirtschaft...

...den *Umbau der Tierhaltung gezielt fördern*, damit Tiere in den Ställen mit mehr Platz artgerecht und ohne den Einsatz von Antibiotika gehalten werden, finanziert durch eine zweckgebundene Tierwohlabgabe. Zugleich muss die Zahl der Tiere bis 2045 deutlich sinken, um die Klimaziele in der Landwirtschaft zu erreichen.

...den *Konsum besonders klimaschädlicher Produkte senken*. Dazu gesunde und nachhaltige Lebensmittel für alle erschwinglich machen - durch die Absenkung der Mehrwertsteuer für frisches Obst und Gemüse und die Förderung fleischarmer Verpflegung mit Bio-Produkten in Kitas, Schulen und anderen öffentlichen Kantinen.

...den *Einsatz von Pestiziden mit klaren jährlichen Zielvorgaben stark reduzieren* und in Schutzgebieten ganz untersagen sowie eine Pestizidabgabe einführen. Die Anwendung von Totalherbiziden wie Glyphosat sowie von bienenschädlichen Insektiziden muss verboten werden.

...*klimaschädliche Subventionen beenden*, z.B. den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für tierische Produkte.

Im Naturschutz...

...das *Ende der Öl- und Gasförderung in deutschen Meeresgebieten beschließen*.

...*Sand- und Kiesabbau sowie zerstörerische Fischerei in Meeresschutzgebieten untersagen* und nachhaltige Fischereimethoden durchsetzen.

...ein *Moratorium für Tiefseebergbau erlassen*.

...*Holzeinschläge in Schutzgebieten und in Waldgebieten mit gefährdeten Baumarten* (15 Prozent der deutschen Waldfläche) *stoppen*.

...die *Verbrennung von Holz und sonstiger Biomasse in Großkraftwerken untersagen*. Auch die Emissionen aus Biomassen müssen in die CO₂-Bepreisung einbezogen werden.

...eine anspruchsvolle *nationale Moorschutzstrategie aufsetzen*, um bis 2030 die Emissionen aus entwässerten Mooren um 20 Millionen Tonnen CO₂ jährlich zu reduzieren.

...*Naturschutz- und Landnutzungs-Gesetze novellieren* gemäß denp Vorgaben der EU-Strategie zum Arten- und Naturschutz (insbesondere Bundesnaturschutzgesetz und Bundeswaldgesetz), um den Schutz und die naturnahe und naturverträgliche Nutzung von Wäldern, Landschaften und Meeren sicher zu stellen.